

Börsensteuer: Deutschland und Frankreich wollen sie

Freitag, 9. September 2011, 17:39 Uhr

Die Finanzminister Deutschlands und Frankreichs, Wolfgang Schäuble und François Baroin, machen sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer stark. In einem gemeinsamen Brief schrieben sie dies an die EU-Kommission.



Noch bevor die Steuersätze einer möglichen Börsensteuer festgelegt wurden, regt sich Widerstand. reuters

«Frankreich und Deutschland unterstützen nachdrücklich die Schaffung einer Finanztransaktionssteuer», heisst es darin. «Wir glauben, dass die Europäische Union die weltweite Mobilisierung bei diesem Thema anführen sollte.»

Die Steuer soll auf alle Börsengeschäfte angewendet werden, darunter den Handel mit Aktien, Anleihen, Währungen und Derivaten. «Wir betonen, dass Schwierigkeiten bei der Durchsetzung nicht als Ausrede benutzt werden dürfen, um die Finanztransaktionssteuer zurückzuweisen», schrieben die Minister.

Grossbritannien will keine Börsensteuer

Eine EU-weite Umsetzung der Steuer gilt als schwierig. Widerstand kommt vor allem aus Grossbritannien, das Nachteile für den Börsenplatz London befürchtet. Weil Börsengeschäfte

per Computer von jedem Ort der Welt getätigt werden können, befürchten die Briten ein Abwandern der Finanzindustrie.

Allerdings will die EU-Kommission noch im Oktober Vorschläge für eine Finanztransaktionssteuer vorlegen, wie ein Kommissionssprecher einen Bericht des «Handelsblatt» bestätigte. Im Vorschlag enthalten sein soll auch ein Passus, der verhindern soll, dass europäische Banken ihre Geschäfte ins EU-Ausland verlagern, um die Steuer zu umgehen.

Sollten sich einzelne Länder dagegen wehren, sei es aber auch denkbar, dass nur ein Teil der EU voranschreite, sagte der Sprecher weiter. Dies wäre beispielsweise über den Mechanismus der sogenannten «verstärkten Zusammenarbeit» möglich, den es seit Ende 2009 in der europäischen Gesetzgebung gibt. Allerdings gibt es in Europa starke Vorbehalte gegen eine derartige Teillösung.

Noch unbekannt ist die Höhe des Steuersatzes für Transaktionen mit Aktien und Anleihen. «Wir arbeiten noch an den Steuersätzen», hiess es dazu.

(sda/reuters/dapd/godc)